



Annette Groth

Mitglied des Deutschen Bundestages
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227 – 77207
Fax 030 227 – 76207
E-Mail: annette.groth@bundestag.de

Pressemitteilung

17. April 2016

Politische Gefangene freilassen – endlich internationales Recht anwenden!

„Die israelische Regierung muss endlich aufhören, Palästinenserinnen und Palästinenser aus politischen Gründen zu verhaften und oft für Jahre oder gar Jahrzehnte ins Gefängnis zu sperren“, erklärt Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des Tags der palästinensischen Gefangenen. Annette Groth weiter:

„Die israelische Regierung und die israelischen Sicherheitskräfte verstoßen regelmäßig gegen internationales Recht. Sowohl die von ihnen als Kollektivstrafe angewandte Administrativhaft, als auch die Behandlung der politischen Häftlinge in den israelischen Gefängnissen sind keinesfalls in Einklang mit internationalen Bestimmungen. Weder der Zugang Familienangehöriger zu den Inhaftierten und der Kontakt mit ihren Anwälten, noch die medizinische Versorgung sind ausreichend gewährleistet. Zudem werden Häftlinge entgegen den Bestimmungen der Genfer Konventionen ins israelische Kernland verbracht. Körperliche Misshandlung und Folter sind weit verbreitet.“

Annette Groth:

„Der gerade erst erschienene Bericht „No Way to Treat a Child“ von Defence for Children International behandelt speziell die an palästinensischen Kindern begangenen Verbrechen: demnach ist Israel das einzige Land, in dem jährlich zwischen 500 und 700 Kindern vor Militärgerichten der Prozess gemacht wird und in dem sich im Durchschnitt 204 Kinder jeden Monat im Gefängnis befinden. Außerdem hätten Dreiviertel der zwischen 2012 und 2015 inhaftierten Kinder physische Gewalt erlitten, in 97% der Fälle seien weder die Eltern noch ein Anwalt bei den Verhören anwesend gewesen. Noch häufiger als erwachsene Häftlinge machen Kinder unter Isolationshaft, Drohungen oder Folter erzwungene Geständnisse. Israelische Militärgerichte lehnen solche unter Gewalt gemachten, oft falschen Geständnisse in den seltensten Fällen ab. Auch dies ist ein schwerer Bruch internationalen Rechts!“

Abschließend erklärt Annette Groth:

„Die internationale Gemeinschaft darf nicht zulassen, dass weiterhin über 7000 Palästinenserinnen und Palästinenser in israelischen Gefängnissen sitzen, etwa 700 davon in Administrativhaft, also ohne je angeklagt worden zu sein. Ich fordere die Bundesregierung auf, sich bei ihren israelischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern für die Wahrung der Menschenrechte und für die Einhaltung internationalen Rechts einzusetzen, anstatt der israelischen Regierung und den israelischen Sicherheitsdiensten weiter das Equipment für Unterdrückung und Verfolgung zu liefern!“